Aachener Zeitung

MONTAG, 4. JULI 2022 · 77. JAHRGANG



Abgeräumt Cathrine Dufour dominiert die Dressur

Sport



Mach mal Pause Deshalb ist die Auszeit bei der Arbeit so wichtig

Service



Boris Johnson Dem Premier droht der nächste Skandal

Politik

1,90 Euro

AACHEN

Bunter Auftakt in das Stadtglühen

Musik, Aktionskunst, Magie und Artistik – mit einem im wahren Wortsinn bunten Programm ist das Kulturfest "Stadtglühen" gestartet. Bei bestem Sommerwetter präsentierten sich zahlreiche Künstler unter anderem im Elisengarten und im Stadtpark. Über 80 Events werden es in den kommenden Wochen sein, die die Besucherinnen und Besucher mittwochs, donnerstags, samstags und sonntags in ihren Bann ziehen werden. Der Auftakt am Wochenende jedenfalls war perfekt. > Seite 13

WETTER





> Bunte Seite

TELEGRAMME

Russland: Lyssytschansk ist eingenommen

MOSKAU Russland hat nach Angaben von Verteidigungsminister Sergej Schoigu die Großstadt Lyssytschansk im Osten der Ukraine eingenommen. Damit habe man nun die völlige Kontrolle über das Gebiet Luhansk, meldete Schoigu nach einem Bericht der Agentur Interfax am Sonntag an Präsident Wladimir Putin. Kiew bestritt hingegen, dass Lyssytschansk gefallen sei. Der Generalstab in Kiew hatte am Morgen lediglich mitgeteilt, dass russische Truppen in der Stadt seien und versuchten, ihre Positionen auszubauen. Mit ihrem Fall hatte die Ukraine die letzte größere Stadt im Gebiet Luhansk verloren. Die Eroberung des Gebiets war von Beginn $an\,von\,russ is cher\,Seite\,als\,Kriegsziel$ ausgegeben worden. (dpa) > Politik

Tote und Verletzte in den Dolomiten

BOZEN Bei einem massiven Gletscherbruch in Norditalien sind mindestens sechs Menschen getötet und acht weitere schwer verletzt worden. Das gab die Rettungsleitstelle der Region Venetien nach dem Unglück am Sonntag bekannt. Nach weiteren Bergsteigern unter den Eis-, Schnee- und Felsmassen wurde gesucht. Über die Nationalität der Verunglückten war zunächst noch nichts bekannt. Am Bergmassiv Marmolata hatte sich ein Gletscherbrocken gelöst und war zu Tal gestürzt. Dabei wurde auch der normale Aufstiegsweg auf den 3343 Meter hohen Berg getroffen, auf dem sich mehrere Seilschaften befanden; zwei davon wurden getroffen.(dpa)

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

0241 5101-701

Mo.-Fr. 6.30 -17 Uhr, Sa. 6.30 -12 Uhr @ kundenservice@medienhausaachen.de

Zentrale Medienhaus:

0241 5101-0

Mo.-Fr. 7.30 -17 Uhr

www.aachener-zeitung.de/kontakt



GROSSER PREIS VON AACHEN

Nieberg im Stechen nicht zu stoppen

schend den Großen Preis von Aachen zum Abschluss des CHIO gewonnen. Der 29-Jährige setzte sich am Sonntag vor 40.000 Zuschauern auf Ben durch. Im Stechen der mit 1,5 Millionen Euro dotierten Prüfung zeigten er und sein Wallach den schnellsten fehlerfreien Ritt.

Springreiter Gerrit Nieberg hat völlig überra-



Stadtwerke vor schwerer Krise

Sollte Russland die Gaslieferungen weiter drosseln, droht ein Dilemma: Die Versorger müssten teurer einkaufen. Entweder geben sie die Preise weiter oder ihnen droht die Insolvenz.

BERLIN Mit Blick auf die Gaskrise und steigende Energiepreise wächst in den Städten die Sorge, dass Stadtwerke ernsthaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten - und damit die Versorgungssicherheit gefährdet wäre. "Der Druck auf die Stadtwerke nimmt jedem Tag zu", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy. Würden die Stadtwerke die stark steigenden Preise weitergeben, wären viele Haushalte mit den Kosten überfordert. Wenn sie sie nicht weitergeben, dann könnten viele kommunale Versorger in die Insolvenz rutschen, warnte er. "Die Versorgung vieler Haushalte wäre nicht mehr sicher."

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte ebenso vor einer "Preisexplosion" beim Gas gewarnt. Er bezog sich dabei auf einen möglichen Totalausfall bei den russischen Gaslieferungen. Russland hatte Ende Februar die Ukraine überfallen und liegt seither auch mit den EU-Staaten im Clinch, die die Regierung in Kiew unterstützen.

Am 11. Juli beginnen jährliche Wartungsarbeiten an der Pipeline Nord Stream 1, die in der Regel zehn

Tage dauern. Dann fließt kein Gas durch die Leitung. Die große Sorge ist, dass Russland nach der Wartung den Gashahn nicht wieder aufdreht. Die Gasflüsse aus Nord Stream 1 liegen schon jetzt nur bei 40 Prozent der Maximalleistung.

Dedy forderte, Bund und Länder müssten verhindern, dass kommunale Versorger ernsthaft in Schwierigkeiten geraten. "Sonst wäre die Versorgungssicherheit in Deutschland in Gefahr." Es seien ganz überwiegend die Stadtwerke, von denen viele Haushalte Gas und Strom, Wasser oder Wärme beziehen.

Auch Verkehrsbetriebe, kommunale Krankenhäuser, Schulen. Bäder und weitere öffentliche Einrichtungen bekämen die Folgen der Energiekrise zu spüren. Zudem forderte Dedy eine ehrliche Debatte: "Wir müssen darüber reden: Auf welchen Komfort können wir verzichten und was bleibt vor Ort notwendig? Da geht es etwa um

Straßenbeleuchtung und Ampelschaltungen, um warmes Wasser in öffentlichen Gebäuden, um Museen und Sporthallen, um Lüfter in Schulen oder um Klimaanlagen."

Um das Risiko eines Ausbleiben des Gases einzuschätzen, müsste man in den Kopf des russischen Präsidenten Wladimir Putin gucken können, sagte Habeck am Samstagabend bei einer Veranstaltung der Wochenzeitung "Die Zeit" in Hamburg. "Aber man sieht ein Muster, und das kann zu diesem Szenario führen." Man habe es mit "einer quasi wirtschaftskriegerischen Auseinandersetzung" zu tun.

Mit Energiesparkampagnen und der Verwendung von Kohle versuche Deutschland darauf zu reagieren. Auf die bisherige Verminderung russischen Gases könne logischerweise der nächste Schritt kommen.

Mit Blick auf Versorger wie den in Not geratenen größten deutschen

Angespannte

Lage: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Foto: dpa Gasimporteur Uniper sagte Habeck: Die Unternehmen, die sehr viel russisches Gas eingeführt haben, "die haben ein echtes Problem". Sie müssten ihre Lieferverträge etwa an Stadtwerke erfüllen, allerdings müssten sie dafür viel teurer Gas woanders einkaufen.

Es gebe zwei Möglichkeiten: Entweder der Staat unterstütze die Unternehmen mit Steuergeld. "Oder man erlaubt den Unternehmen, die Preise weiterzugeben." Dies sei im Energiesicherungsgesetz vorgesehen, mit dem in den 70er Jahren der sogenannte autofreie Sonntag eingeführt worden sei. Gesprache über eine wohl nötige Änderung des Gesetzes liefen.

Ein Paragraf, der den Unternehmen erlauben würde, die Preise außerhalb der Vertragsbindung weiterzugeben, sei bisher aber nicht aktiviert worden. Denn dies sei "ein sehr, sehr scharfes Schwert". Die Kunden des Unternehmens würden dann die volle Preisanpassung sofort bekommen. Die Regierung arbeite noch an anderen Möglichkeiten, "die vielleicht den Keil nicht so scharf in die Gesellschaft treiben". > Meinung

Wimbledon: Maria und Niemeier im Viertelfinale

LONDON Jule Niemeier (22) und Tatjana Maria (34) haben ihren Sensationslauf beim Rasen-Klassiker in Wimbledon jeweils fortgesetzt und treffen nun im Viertelfinale aufeinander. Niemeier setzte sich am Sonntag in 76 Minuten gegen die Britin Heather Watson mit 6:2, 6:4 durch. Kurz zuvor bezwang Maria die an Nummer zwölf gesetzte Lettin Jelena Ostapenko mit 5:7, 7:5, 7:5. Die zweifache Mutter Maria wehrte im zweiten Satz zwei Matchbälle ab und holte sich nach 2:07 Stunden den größten Erfolg ihrer Karriere. Auch Niemeier steht zum ersten Mal bei einem Grand-Slam-Turnier im Viertelfinale. (dpa)

Im Herbst könnte die Maskenpflicht zurückkehren

BERLIN Das neue Infektionsschutzgesetz könnte laut Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) wieder eine Maskenpflicht vorsehen. "Wir werden vermutlich noch im Laufe dieses Monats ein Konzept vorlegen. Da wird die Maske sicher eine Rolle spielen", sagte Buschmann. Es gehe um "lageangepasstes Verhalten: Sinkt die Gefahr, dann muss man die Maßnahmen zurücknehmen. Steigt die Gefahr, muss man ihr angemessen begegnen." Die medizinische Maske habe sich als effektive Corona-Maßnahme bewährt.

Scholz will Lasten steigender Preise verteilen

BERLIN Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will den "sozialen Sprengstoff" steigender Preise im Schulterschluss mit den Sozialpartnern entschärfen. Das sagte er im ARD-Sommerinterview. Forderungen nach raschen weiteren Entlastungen in Deutschland erteilte Scholz aber eine Absage. Sicher würden am Montag zum Auftakt des Dialogs mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wissenschaftlern und Bundesbank noch keine konkreten Maßnahmen vereinbart. (dpa)

Das Chaos bleibt am zweiten Reisewochenende aus

Dennoch gibt es wieder viele Flugausfälle in NRW. Regierung plant, Vorkassepraxis für Fluggesellschaften zu prüfen.

VON CLAUDIA HAUSER UND HAGEN STRAUSS

DÜSSELDORF/BERLIN Die Lage an Nordrhein-Westfalens Flughäfen hat sich zum Start in die zweite Ferienwelle entspannt – entgegen aller Befürchtungen. Trotzdem bildeten sich sowohl am Samstag als auch am Sonntag in Düsseldorf und Köln/Bonn lange Schlangen vor den Check-in-Schaltern. Auch, weil viele Reisende aus Angst, ihren Flug zu verpassen, Stunden vorher am Flughafen waren. Der Flughafen Köln/ Bonn empfiehlt, mindestens zweieinhalb Stunden vor dem geplanten Abflug dort zu sein.

Aber auch wenn das große Chaos am zweiten Ferienwochenende ausblieb, wurden wieder etliche Flüge gestrichen. In Düsseldorf fielen am

Samstag 40 Flüge aus, wie eine Sprecherin auf Anfrage mitteilte. Auch in Köln/Bonn wurden einige Verbindungen anulliert, unter anderem nach Nizza, Pisa und Palermo. Die Fluggastzahlen lagen an beiden Airports unter denen des ersten Ferienwochenendes. 167.000 Passagiere wurden von Freitag bis Sonntag in Düsseldorf erwartet, wie die Sprecherin sagte. Exakte Zahlen für das Wochenende gibt es am Montag. "Es ist aber alles ruhig geblieben, auch wenn es zu den üblichen Stoßzeiten einige Schlangen gab", sagte sie. Am Flughafen Köln/Bonn hatte man mit 110.000 Gästen gerechnet.

"Man freut sich jetzt über eine Ausnahmesituation, die eigentlich der Normalzustand sein müsste", kritisierte Verdi-Gewerkschaftssekretär Özay Tarim. "Eigentlich müssten die Fluggäste das immer erwarten dürfen - sie gehen in Vorkasse, bezahlen einen teuren Flug, kommen dann zum Flughafen und bekommen per SMS mitgeteilt, dass der Flug ausfällt." Immer noch würden jeden Tag etliche Flüge ausfallen. "Das ist absolut inakzeptabel", sagte Tarim.

Mehr Schutz für Reisende

Unterdessen wird in Berlin debattiert, wie Reisende bei Ausfällen besser geschützt werden können. Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke (Grüne) sieht offenbar Handlungsbedarf. Ihr Ressort zieht die Überprüfung der Vorkassepraxis bei Flügen in Betracht. In der EU-Fluggastrechteverordnung ist geregelt, dass Rückzahlungen

bei ersatzlos gestrichenen Flügen innerhalb von sieben Tagen erfolgen müssen. Doch das funktioniert oft nicht. Trotz eindeutiger Rechtslage müssten Kunden teilweise monatelang auf eine Erstattung warten, beklagt auch die Union. Sie will nun dafür sorgen, dass Kunden schneller an ihr Geld kommen, wie aus einem Bundestagsantrag hervorgeht, der unserer Redaktion vorliegt.

Die Zahl der Beschwerden über die Airlines steige, beklagen CDU/ CSU. Allein im Pandemie-Jahr 2020 seien 4132 Fluggastanzeigen beim Luftfahrt-Bundesamt eingegangen. 3454 davon aufgrund der Annullierung eines Fluges, 2019 waren es nur 1775 Anzeigen. Außerdem wurden laut Union im Jahr 2020 bei der Schlichtungsstelle Luftverkehr 6457 Anträge gestellt, mehr als

doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die Zahlen zeigten den dringenden Verbesserungsbedarf bei der Fluggastrechteverordnung, sagte der Rechtsexperte der Unionsfraktion, Ingmar Jung (CDU). "Es ist nicht länger hinzunehmen, dass es den Fluggästen heute kaum möglich ist, ihre Rechte wirksam und niederschwellig durchzusetzen", so Jung gegenüber unserer Zeitung. In vielen Fällen hätten die Passagiere ihre zivilrechtlichen Ansprüche gegenüber den Luftfahrtunternehmen auch erst gerichtlich geltend

Angesichts des Chaos an den Flughäfen hatten zuletzt auch Verbraucherschützer eine Stärkung der Fluggastrechte gefordert. Bei Ausfällen müssten Passagiere automatisch entschädigt werden.